4. Interpellation von Urs Schär, Judith Ricklin, Jürgen Häberli vom 16. August 2023 "Handwerk (Berufslehre) oder Studium?" (20/IN 50/555)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin und die Interpellanten, vertreten durch Kantonsrat Urs Schär, haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Urs Schär, SVP: Im Namen der Interpellanten bedanke ich mich für die Beantwortung unserer Interpellation. Wir sind mit den Antworten auf unsere Fragen grundsätzlich einverstanden. Wir finden aber, es hat noch Luft nach oben und angesichts der Wichtigkeit des Themas **beantragen** wir **Diskussion**.

Abstimmung:
Diskussion wird mit 101:0 Stimmen beschlossen.

Urs Schär, SVP: Herzlichen Dank für die Diskussion. Die Berufswahl ist eine der wichtigsten Entscheidungen im Leben. Es gibt viele Faktoren, die mehr oder weniger entscheidend auf die Berufswahl einwirken. Es sind dies: die Familie, Freunde, Bekannte, Lehrerinnen und Lehrer, die Berufsberatung, aber auch Vorbilder der Jugendlichen und das ganze mediale Umfeld mit den vielen verschiedenen Berufsinformationen. Die Berufswahl kann auch das soziale Leben verändern, wenn die Berufslehre nicht von zu Hause aus gemacht werden kann. Einige wissen schon kurz nach der Geburt, wie ihre berufliche Tätigkeit einmal aussieht. Sie wurde ihnen, wie man so schön sagt, in die Wiege gelegt. Andere suchen ein halbes Leben lang, bis sie ihre berufliche Erfüllung gefunden haben. Ich gehe mit der Regierung einig: Grundsätzlich ist die Berufswahl ein persönlicher Entscheid. In der Antwort der Regierung ist zu lesen, dass im Kanton Thurgau bis zum 25. Altersjahr 72 % eine berufliche Grundausbildung abgeschlossen haben. Das ist erfreulich, sind das doch 10 % mehr als im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Trotzdem muss daran gearbeitet werden, dass handwerkliche Berufe weiterhin attraktiv bleiben und Jugendliche bereit sind, diese zu erlernen. Der Regierungsrat erachtet in seiner Antwort das bestehende Angebot für die Berufswahl als ausreichend. Gleichzeitig erwähnt er, dass der Zukunftstag bei den Kindern gut ankomme. Also warum nicht einen zweiten Zukunftstag pro Jahr an den Schulen einführen, um so den Jugendlichen die Berufswelt noch besser bekannt zu machen? Auch Schnupperlehren sollten so einfach wie möglich über die Bühne gehen und den Schnupperlehrling nicht durch komplizierte Bewerbungskriterien davon abhalten, sich zu bewerben. Die Betreuung der Schnupperlehrlinge soll aber auch von den Lehrbetrieben ernst genommen werden, denn es könnte aus der Schnupperlehre ein Lehrverhältnis entstehen – ein angesichts der vielen offenen

Lehrstellen nicht zu unterschätzender Punkt. Handwerk heisst, wie es das Wort sagt, werken mit den Händen, mit den eigenen Händen etwas schaffen. Dabei können die Hände auch schmutzig werden. Schmutzige Hände sind in der heute auf Hygiene ausgerichteten Welt wohl nicht mehr das Höchste der Gefühle. Ob und wie entscheidend dieser Aspekt die Berufswahl beeinflusst, lasse ich einmal unbeantwortet im Raum stehen. In der Antwort zu den Fragen 3 bis 5 hat die Regierung richtigerweise erkannt, dass es das Ziel sein muss, dass die richtigen Personen am richtigen Arbeitsplatz eingesetzt werden. Dem spricht nichts entgegen. Ich möchte aber das Wichtigste noch ergänzen: Die Arbeit soll auch Freude machen. Ich schliesse mein Votum mit dem letzten Satz der Interpellation, denn dieser gilt nach wie vor: "Lehrlinge von heute sind die Berufsfachleute von morgen."

Kenny Greber, SP und Gew.: Ich darf mich im Namen der Fraktion SP und Gewerkschaften äussern. Ich möchte mich bei der Regierung herzlich für die ausführliche und inhaltlich fundierte Beantwortung der vorliegenden Interpellation bedanken. Uns verbindet eine Gemeinsamkeit mit den Interpellanten und der Interpellantin. Wir finden die Berufslehre unglaublich wichtig, genauso den akademischen Bildungsweg. Der Kanton Thurgau verfügt glücklicherweise über eine vergleichbar hohe Rate an Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die den Weg in die Berufslehre finden. Diese Zahl scheint auch konstant zu sein. Das ist erfreulich und stimmt positiv. Der O-Ton der Interpellation gefällt uns hingegen weniger. Es sind eben gerade nicht die Schulen, die diesbezüglich zu wenig unternehmen würden. Die Anstrengungen sind bereits hoch, um ein breites Bild zu zeichnen und die Jugendlichen in ihrer individuellen Wahl zu begleiten. Gleichwohl ist mir ein modernes, digitales Bildnis in den Sinn gekommen in Form eines Memes, welcher schon länger in den sozialen Medien kursiert. Ich weiss nicht, ob Sie es kennen. Es handelt sich um ein Strichmännchen, das Fahrrad fährt, sich selbst einen Stock in die Speiche steckt bei voller Fahrt und stürzt. Weshalb dieses Bild? Was tun wir dafür, um uns selbst zum Sturz zu bringen? Der in der Interpellation angesprochene Fachkräftemangel betrifft nicht nur das Handwerk oder klassische Lehrberufe. Es herrscht ebenso Mangel in akademisch geprägten Berufsfeldern. Wie komme ich nun zum Fahrrad, dem Stock und dem Sturz? Woher rührt dieser Fachkräftemangel? Wir haben ein Wirtschaftssystem implementiert, das stetig wachsen muss und entsprechend auf Wachstum angewiesen ist, um eben nicht zu implodieren. Ein Grundcharakter des Kapitalismus; das kann man jetzt gut oder weniger gut finden. Aber welche Konsequenzen bringt das mit sich? Wir sind auf Zuwanderung und Arbeitsmigration angewiesen, was dem Anliegen der Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz" entgegensteht – Stock in die eigene Speiche. Wollen wir Menschen längerfristig in den angestammten Lehrberufen behalten, brauchen wir zeitgemässe Arbeitsbedingungen, möglichst flexible Arbeitszeitmodelle und Löhne, die die Fantasie erlauben, von ihnen gut leben zu können – Stock in die eigene Speiche. Wir kämpfen für Mindestlöhne, zeitgemässe Arbeitsbedingungen sowie eine bezahlbare

familienergänzende Betreuung. Bereits vorhandene Ressourcen müssen aktiviert werden, um dem Mangel entgegenzutreten. Wir bieten konkrete Lösungen an und laden ein, diese mitzutragen. Wollen wir die Quote von Schulabgängerinnen und Schulabgängern erhöhen, die den Weg in eine Berufsausbildung finden, dann braucht es ebenfalls zeitgemässe Ausbildungslöhne und Arbeitsbedingungen – Stock in die eigene Speiche. Die JUSO hat die Problematik erkannt – unweit von hier, im Eisenwerk – und eine Resolution verabschiedet, die genau an den genannten Punkten ansetzt und Bedürfnisse sowie Lösungen aufzeigt. Die Berufsverbände sind nun gefordert. Insgesamt können wir der Regierung folgen. Gerade Punkt 7 in der Interpellation beantwortet diese auch gleich direkt selbst. Es ist eben nicht der Kanton gefragt, es sind die entsprechenden Berufs- und Branchenverbände gefragt, für die Attraktivität ihres Berufsfeldes Werbung zu machen und diese attraktiv zu gestalten. Wie sie dies bewerkstelligen können, habe ich bereits erläutert. Die SP und die JUSO unterstützen hier gerne. Zudem ist spannend, dass gewisse Kreise nach dem Staat rufen, wenn es der sogenannte freie Markt nicht richten kann und der Stock in der eigenen Speiche seine Wirkung entfaltet. Dann soll der Staat bereitstehen. Wir bedanken uns bei den Schulen, den Lehrpersonen, den Fachstellen und natürlich bei den Erziehungsberechtigten, die die Jugendlichen bereits heute im Prozess der Zukunftsfindung mit hoher Energie unterstützen.

Daniel Vetterli, SVP: Urs Schär, Judith Ricklin und Jürgen Häberli stellen in ihrer Interpellation acht Fragen zur Rolle der Schulen hinsichtlich der Berufswahl auf Sekundarstufe sowie dem Engagement der Regierung, Jugendliche zu motivieren, einen Beruf zu erlernen. Der Regierungsrat zeigt in seiner Beantwortung auf, dass nach wie vor nur 19 % der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren einen gymnasialen Abschluss vorweisen. Diese Quote ist 10 % tiefer als im schweizerischen Durchschnitt. Die Fragen der Interpellation gründen im zunehmenden Mangel an qualifizierten Berufsfachleuten. Sie fragt deshalb, was der Regierungsrat unternimmt oder in Zukunft unternehmen kann, damit mehr Schüler den beruflichen Weg dem gymnasialen vorziehen. Der Regierungsrat jedoch insistiert, dass es nicht Aufgabe der Regierung sei, die Ausbildung zu einem Beruf gegenüber der gymnasialen Ausbildung zu bevorzugen. Umfassend zeigt er auf, mit welchen Massnahmen die Thurgauer Schulen die Jugendlichen bei der Berufswahl unterstützen. Die SVP-Fraktion ist jedoch überzeugt, dass der Regierungsrat durchaus Handlungsbedarf hat, um die Wahlfreiheit effektiv zu gewährleisten, damit Schüler, denen die Berufswelt eben fremd ist, diese auf positive Weise kennenlernen dürfen. Der Regierungsrat ist anzuhalten, den Zugang zu den Gymnasien nicht zu vereinfachen. Zurzeit lesen wir in der Presse regelmässig die Forderung, Übertrittsprüfungen abzuschaffen, um den Zugang zu den weiterführenden Schulen zu erleichtern und damit die Maturitätsquote zu erhöhen. Er muss ebenfalls darauf hinwirken, dass Jugendliche ab Beginn der zweiten Sekundarschule grosszügig während der Schulzeit Schnupperlehren absolvieren dürfen. Gegen Ende der Schulzeit kann es auch Sinn machen, Jugendlichen

zu erlauben, Teilzeit in potenziell zukünftigen Lehrbetrieben zu arbeiten. Denn ich bin überzeugt, dass sich ungenügende Deutsch- und Mathematikkenntnisse nicht im letzten Halbjahr von insgesamt elf Jahren an der Thurgauer Volksschule kompensieren lassen. Die Fokussierung auf die Zukunft, im überwiegenden Teil offensichtlich die Berufswelt, ist zwingend notwendig. Ich sage das auch, weil eben viele mit der Berufswelt absolut nicht vertraut sind und so wie das "Gspüri" erhalten müssen, wie es dort zu- und hergeht, eben vor allem bei handwerklichen Berufen. Ich erlebe regelmässig, dass sonst so etwas wie ein Kaltstart passiert, wenn sie dann in einer Firma landen als Gipser, normaler Maurer oder Landwirt etc. In einem Punkt hat der Kanton ganz grossen Einfluss, nämlich wenn es um die "Verakademisierung" von Qualifikationen geht. So war die Aufhebung des Kindergartenseminars, das eine Ausbildung zur Kindergärtnerin ohne gymnasialen Weg ermöglichte, schlicht fatal. Seit diesem Entscheid fehlen uns die Kindergärtnerinnen. Eine ähnlich besorgniserregende Entwicklung sehen wir beispielsweise im Pflegebereich. Die Interpellation beschäftigt sich ausschliesslich mit der Berufswahl der Schulen. Es gibt Handlungsbedarf über diesen Bereich hinaus. Warum sind Jugendliche, die den Weg Meisterprüfung oder Höhere Fachschule wählen, finanziell dermassen schlecht gestellt und müssen diese zum grossen Teil selber bezahlen? Während der gymnasiale Weg vergoldet wird, ist derjenige der beruflichen Weiterbildung gesäumt mit Hindernissen, obwohl deren Absolventen händeringend gesucht werden. Auch gesellschaftlich muss sich noch viel ändern. Der Lohnunterschied von Personen, die beruflich weitergebildet werden und solchen, die den gymnasialen Weg wählen, ist schlicht nicht mehr nachvollziehbar.

Reto Ammann, GLP: Vorneweg: ein Dank an die Verwaltung, die Regierung. Ich weiss nicht, ob es ein bewusster Entscheid war – ich gehe davon aus –, auf alle Fälle gilt es, diesen beizubehalten: Es ist äusserst löblich, finde ich, dass vermehrt in den Beantwortungen die ausformulierten Fragen, so wie hier bei dieser Interpellation, auch erwähnt werden. Das ist deutlich lesefreundlicher als "Frage 1", "Frage 2", "Frage 3". Es wäre toll, wenn dies alle Departemente in Zukunft einheitlich übernehmen könnten. Ein kleiner Aufwand für die Verwaltung, aber ein sehr sinnvoller. Besten Dank. Zur Interpellation: Die Berufslehre ist ein zentraler Bestandteil unseres Bildungs- und Wirtschaftssystems. Die Interpellation zeigt, zumindest gefühlt als Trend, dass die Berufslehre an Attraktivität verliert und mehr Jugendliche den akademischen Weg suchen, was den Mangel an Fachkräften in handwerklichen und technischen Berufen verstärken würde. Der Kanton Thurgau steht zwar nach wie vor sehr gut mit den Berufslehren da, dennoch kann es nicht schaden, die Attraktivität der Berufslehren, der Berufe, wo möglich zu steigern und Verbesserungen zu lokalisieren. Im Kanton Thurgau entscheiden sich nach wie vor 70 % der Jugendlichen für eine berufliche Grundausbildung, was die hohe Akzeptanz und Bedeutung dieser Bildungsform unterstreicht. Es gibt aber Herausforderungen. Es gilt festzuhalten, dass einige Berufe – und weniger die Berufslehren – an Attraktivität zulegen

müssen. Gleichwohl ist auch bei den Berufslehren nicht alles perfekt. Das Korsett der Berufslehren ist im Quervergleich zu den Kantonsschulen deutlich enger. Was bei den Kantonsschulen relativ flexibel gehandhabt wird, ist bei den Berufsschulen an sehr enge Auflagen gebunden. Hier nur ein kleines Beispiel: Ein Kantonsschullehrer mit über zwanzigjähriger Praxis im Fach Französisch war nicht genügend qualifiziert, um auch in der Berufsschule auf Berufsmaturitätslevel – also gleiches Französischlevel – Französisch zu unterrichten. Der Grund: Er hatte keinen Berufsbildungskurs in der entsprechenden Branche absolviert. Auch wenn das für sein Fach Französisch absolut keine Relevanz hat, muss man über das Amt zum Experten der Eidgenössischen Berufsmaturitätskommission (EBMK), welcher Antrag an die Berufsmaturitätskommission zu stellen hat, damit letztlich dessen Entscheid zusätzlich vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SFBI) definitiv verfügt wird. Solche Erschwernisse sind absurd und ärgerlich, der Prozessablauf formell und bürokratisch. Eine Möglichkeit wäre, sich als Kanton in der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stark zu machen, um den Kantonen mehr Entscheidungs- und Umsetzungsfreiheiten im Curriculum zu geben und vieles selber "sur dossier" zu dürfen. Gewisse, unattraktiver werdende Berufsverbände – das gibt es halt – sollten lösungsorientiert die Ausbildungen möglichst selber, flexibel und agil weiterentwickeln, nicht starr normieren und sicher nicht – und das hat man halt auch oft festgestellt – die Anforderungen von sich aus immer mehr erhöhen. Das hätte, was Innovationen betrifft, Vorteile, wenn man nicht selber als Verband immer mehr reinpackt. Auch hier wäre ich froh, wenn die Dachverbände, Industrie- und Handelskammer (IHK) und insbesondere der Thurgauer Gewerbeverband (TGV) Druck machen würden in Bern für rasche Entlastung. Kantone wiederum könnten sich stärker für Berufslern-Pilote einsetzen. Auch hier darf der Thurgau durchaus noch zulegen. Es müsste wirklich nicht sein – ein anderes Beispiel –, dass der schweizweit erste Mediamatiker EFZ-Lehrgang für Sportler und Sportlerinnen im Kanton St. Gallen stattfindet. Nach mindestens fünf Jahren des Versuchens, dies in unserem Kanton zu machen, findet die Innovation nun im Nachbarkanton St. Gallen statt. Dies übrigens auf Wunsch des Sportamts St. Gallen und des Berufsbildungsamtes. Solche Berufslern-Pilote sollte der Thurgau prüfen und dabei Innovationen und Brain möglichst bei uns behalten. Auch, dass wir fast alle beim Stichwort "duale Ausbildung" immer noch einzig das Modell von einem oder zwei Tagen Berufsschule und drei Tagen im Betrieb im Kopf haben, ist schlicht nicht nötig. Dual heisst, dass Betriebe und Schule gemeinsam ausbilden. Das muss und kann für die Betriebe und die Jugendlichen flexibler gehandhabt werden. Gerade bei Sportlern macht es Sinn, dass man hier völlig andere Modelle wählt; aber die Länge, die Dauer von diesen ein oder zwei Tagen Berufsschule muss doch nicht fixiert sein. Die Ausdrücke "betriebliche Bildung" und "schulische Bildung" haben aus meiner Sicht viele Zwischentöne. Diese könnte man nutzen, diese führen auch in die Zukunft. Langfristig mache ich mir aber keine Sorgen, da die Attraktivitätssteigerung für die Berufslehre wegen der steigenden Anerkennung gerade im Ausland und entsprechender

Nachfrage aus meiner Sicht eher zunehmen dürfte, auch wenn gerade viele bildungsnahe Zugewanderte in ihren Heimatländern leider die Berufslehren, so wie wir sie anbieten, nicht kennen und dann ihren Kindern eher das Gymnasium empfehlen. Das Ausland entdeckt jedoch aufgrund sehr hoher Arbeitslosenquoten bei Akademikern zunehmend die Chancen von Berufsbildungsmodellen. Wieso nicht längerfristig die Berufsbildung als Branche exportieren und unseren grenznahen KMU und grenznahen Berufsbildungsstätten auch neue Absatz- und Fachkräftemärkte bei Lernenden erschliessen? Die Schweiz hat eigentlich bis anhin nur im Hotelbereich die Ausbildungskompetenz internationalisiert und sogar weltweit prägen können. Es wäre aus meiner Sicht wieder einmal an der Zeit, ähnliche Modelle, basierend auf den praktischen Berufslehren und angehängten Managementlehrgängen, als Swissness-Modelle aus dem Thurgau zu lancieren. Auch hier ein Feld, auf dem wir gerade als Grenzkanton hervorragend eine Pionierrolle übernehmen könnten und damit auch der hiesigen Wirtschaft den Vorteil, den wir vielleicht sonst nicht haben, verschaffen könnten mit Berufsbildungsabgängern. Wir dürfen – das ist mir auch wichtig – den beruflichen und den akademischen Karriereweg nicht gegeneinander ausspielen. Es macht keinen Sinn, dass wir die Kantonsschulen schwächen, wir müssen die Berufsschulen stärken, beide Wege führen nach dem "persönlichen Rom". Bei beiden Wegen wird sich neben Talent vor allem Leidenschaft und Resilienz durchsetzen. Wer Durchschnitt innerhalb seines Weges bleibt, der wird in seinem Feld, egal welche Ausbildung er macht, eher verzicht- und austauschbar. Wir sollten uns einsetzen, dass jeder seine Nische und darin die Erfüllung findet. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die Berufslehre als gleichwertigen Berufsbildungsweg und attraktive Berufsmodelle zu fördern, damit wir in Zukunft überall geeignete Fach- oder Arbeitskräfte ausbilden können. Der Kanton Thurgau wäre aus Sicht der GLP-Fraktion prädestiniert, die geografischen Chancen zu nutzen und den Berufsbildungsweg verstärkt als einzigartige andere Lösung zu entwickeln. Das würde der Wirtschaft sicherlich auch helfen und der Abwanderung junger Menschen etwas entgegensetzen.

Cornelia Hasler-Roost, FDP: Besten Dank an die Interpellanten für die Einreichung dieses Vorstosses. Wie ich aus den Fragen der Vorstösser und der Vorstösserin entnehmen kann, geht es hauptsächlich um das Verhältnis der Lernenden im Vergleich zu den Gymnasiastinnen. Die Anfragen in diesem Vorstoss sind berechtigt, denn sie betreffen eine bedeutende Entwicklung und damit die Zukunft der Thurgauer Wirtschaft. Einige Fragen der Interpellation sind so klar gestellt, dass die Regierung eindeutige Antworten geben kann, was die Diskussion erübrigt. Dennoch gibt es einige Punkte, die ich gerne aufgreifen möchte. Aktuell besucht weniger als ein Drittel der Schulabgängerinnen – es wurde erwähnt – eine Mittelschule, daher bin ich der Meinung, zu starkes Lobbyieren ist nicht notwendig. Interessant wäre jedoch, die Entwicklung der letzten fünf bis zehn Jahre zu betrachten. Rund 20 % der Kantonsschülerinnen und Kantonsschüler sind nachweislich fehl am Platz. Sie werden von ihren Eltern und dem Umfeld zu dieser Ausbildung

gedrängt und mit zusätzlichem Aufwand unterstützt. Es wäre wünschenswert, dass Eltern die Qualität und die Vorteile einer Lehre mehr schätzen und erkennen. Die goldenen Zeiten der Akademisierung – da widerspreche ich jemandem aus der SVP – sind vorbei. Clevere Unternehmer und innovative Ideen werden geschätzt, finanziell belohnt und von der Gesellschaft auch gewürdigt. Zudem hat die fortschreitende Digitalisierung keine Nachteile für Berufslehren gebracht, im Gegenteil: Lernende in innovativen Unternehmen sind den klassischen Gymnasiasten und Gymnasiastinnen in praktischen und theoretischen Belangen sogar voraus. Ein gegenseitiges Ausspielen, wie es Ratskollege Reto Ammann erwähnt hat, ist für mich auch nicht zielführend. Ich lehne daher einen verstärkten Eingriff der Regierung zur Beeinflussung der Situation ab. Die Verantwortung liegt bei den Erziehungsberechtigten. Es gibt ausreichend Unterstützung und Hilfestellungen, beispielsweise durch das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Berufsverbände, Gewerbevereine und Schulen leisten hervorragende Arbeit in der Berufsinformation und in der Berufsberatung. Falls Verbesserungen oder zeitgemässe Anpassungen nötig sind, sollten diese von den Berufsverbänden angestrebt werden, nicht vom Kanton. Abschliessend möchte ich erwähnen, dass die Wahl des Ausbildungsweges wohl nicht die grösste Herausforderung der Zukunft darstellt. Vielmehr sind es gesellschaftliche Herausforderungen wie die demografische Entwicklung, gesellschaftliche Veränderungen und die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz, die uns vor neue Situationen stellen.

Marc Rüdisüli, Die Mitte/EVP: Ich danke im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP dem Regierungsrat für die gute Beantwortung und auch den Interpellanten. Diese Interpellation greift ein zentrales Anliegen auf. Wir haben jetzt schon mehrfach gehört: Das schweizerische duale Bildungssystem ist einzigartig und ein grosser Vorteil auch im internationalen Vergleich. Es fördert unseren Wohlstand. Der Lehrlingsmangel beschäftigt die Ostschweizer Wirtschaft insgesamt, nicht zuletzt könnte dies den Fachkräftemangel in gewissen Branchen zusätzlich verschärfen in der Zukunft. Die Situation ist je nach Branche sehr unterschiedlich, und dass sehr viele Lehrstellen offenstehen, hat auch mit dem grossen Angebot an Lehrstellen und den geburtenschwachen Jahrgängen zu tun, die jetzt die Schule verlassen. Es ist so, dass in der Schweiz, in gewissen Kantonen, der Akademisierungstrend bald französische Zustände annimmt. Also, dass sich das System immer mehr von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes wegbewegt und so auch der Stellenwert der Berufsbildung sinkt. Hier im Kanton Thurgau haben wir diesbezüglich aber nach wie vor eine wirklich sehr gute Situation; eine hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, starke Berufsschulen, viele erfolgreiche Lehrabschlüsse; dem müssen wir Sorge tragen. Es gibt erfreuliche Zahlen: Bis zum 25. Altersjahr haben in unserem Kanton 72 % eine berufliche Grundausbildung abgeschlossen, 19 % haben eine gymnasiale Maturität im Sack oder die Fachmittelschule besucht. Die Verhältnisse stimmen also, und auch unserer Fraktion ist es wichtig, dass wir die beiden Ausbildungswege nicht gegeneinander ausspielen. Wichtig ist, dass jede Person jene Ausbildung machen kann, die zu ihren

Fähigkeiten und Interessen passt. Die Zahlen zeigen also, dass die Berufslehre, also das Handwerk, einen hohen Stellenwert hat, und das muss auch in Zukunft so bleiben. Die duale Berufsausbildung ist mit ein Grund, weshalb wir eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit hier im Thurgau und insgesamt in der Schweiz haben. Wir müssen schauen, dass die Lehre von sich aus gestärkt wird, und diese Verantwortung liegt auf mehreren Schultern. Klar ist, dass die Berufsverbände in der Verantwortung sind, sie sind für die Attraktivität des Berufsbildes verantwortlich und nicht der Staat. Die Lehrbetriebe sind für attraktive Lehrstellen verantwortlich. Sie müssen in die Nachwuchsförderung investieren, sich für die Ausbildung Zeit nehmen, zeitgemässe Anstellungsbedingungen schaffen, Erwerbschancen und auch Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Zu grosse Hürden im Bewerbungsprozess sind kontraproduktiv, so haben zum Beispiel Betriebe, die Schnupperlehren ohne administrative Hindernisse ermöglichen, in der Regel weniger Schwierigkeiten, ihre offenen Lehrstellen zu besetzen. Zudem verschärft die steigende Lehrabbruchquote das Problem insgesamt. Daher ist es von grosser Bedeutung, dass die Jugendlichen eben den richtigen Beruf wählen und der Lehrvertrag idealerweise frühestens ein Jahr vor Lehrbeginn abgeschlossen wird. Hier gibt es eine Tendenz, dass das immer früher gemacht wird, obwohl es eigentlich Abmachungen gibt. Was auch Sorgen macht, ist die "Verakademisierung" der Berufsbildung. Man "drückt" den jungen Menschen immer mehr "rein". "Weniger ist mehr", wäre manchmal keine schlechte Strategie. Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass die Anforderungen an die Lehrbetriebe, vor allem bei den KMU, sich in einem vernünftigen Rahmen bewegen. Es wäre schlecht für den Werkplatz Thurgau, wenn Betriebe nicht mehr ausbilden würden, da die notwendigen Ressourcen fehlen. Auch das ist wichtig. Zudem engagieren sich die Schulen: Das Modul "Berufliche Orientierung" wird unterrichtet, der "Nationale Zukunftstag" wird angeboten, die Schnupperlehren bieten den Schülerinnen und Schülern optimale Möglichkeiten, verschiedene Berufsfelder in der Praxis kennenzulernen. Es gibt hier aber sicher noch Potenzial, dass diese Zusammenarbeit zwischen den Schulen und lokalen Betrieben und Gewerbeverbänden verbessert werden kann – Stichwort Berufsvorstellungstage oder Tischmessen. Aber auch die Eltern und die gesamte Gesellschaft ist in der Verantwortung. Es ist entscheidend, dass die Lehrpersonen gemeinsam mit den Eltern nicht alle sehr guten Schülerinnen und Schüler an die Kantonsschule oder an eine weiterführende Schule schicken. Es gibt auch hier eine Tendenz, die nicht so gut ist. Die duale Berufsbildung sollte weiter ausgebaut und die Vorteile der Berufsmatura deutlich sichtbar gemacht werden; das ist eine Aufgabe der Schule, der Eltern und der ganzen Gesellschaft. Sie müssen hier gemeinsam am gleichen Strick ziehen. Es ist also wichtig für unsere Fraktion, dass die Attraktivität der beruflichen Bildung gesteigert wird. Jugendliche, die sich für eine Lehre entscheiden, verdienen unsere volle Unterstützung, da sie massgeblich zum langfristigen Erfolg des Werkplatzes Schweiz beitragen. Die Fraktion Die Mitte/EVP wird sich weiterhin für ein starkes duales Bildungssystem einsetzen.

Peter Dransfeld, GRÜNE: Die frühere US-Botschafterin in der Schweiz wurde kürzlich in einer grossen Schweizer Tageszeitung interviewt und gefragt, was ihr denn besonders fehle, was sie in der Schweiz kennengelernt habe. Sie hat zwei Dinge genannt, nämlich zum ersten das Baden in der Aare und zum zweiten die Schweizer Berufslehre. Ich gehe mit ihr einig, das Baden in der Aare ist eine wunderbare Sache, und ich gehe auch mit ihr einig, dass die Schweizer Berufslehre eine wunderbare Sache ist. Die GRÜNE-Fraktion dankt den Interpellanten für das Ansprechen dieses Themas, das ohne Zweifel diskussionswürdig ist. Wir betrachten die Berufslehre nicht als den allein seligmachenden Weg auf dem Weg zum Beruf, aber als einen sehr wichtigen und wertvollen. Ich stütze einige meiner Aussagen ab auf eigene Erfahrungen, die ich machen durfte als Lehrmeister in der Ausbildung von 15 jungen Menschen, in meiner zwölfjährigen Tätigkeit als Prüfungsexperte und nicht zuletzt in verschiedenen Engagements in Berufsverbänden. Persönlich bin ich ein Fan der Berufslehre. Ich bilde mit Freude junge Menschen aus und erlebe die Ausbildung als belebenden Faktor im Betrieb, der von meinen Mitarbeiterinnen, von meinen Mitarbeitern voll mitgetragen wird, motiviert auch von jenen, die selber keine Lehre absolviert haben. Ich bin selber in täglichem Austausch mit meinen Auszubildenden, zuletzt gestern früh am Tisch mit meinen beiden Lernenden. Ich schätze mich glücklich, nach Jahren auch junge Leute zu treffen, die ich einmal ausbilden durfte, zum Beispiel heute früh im Zug. Ich schätze mich glücklich, mit vielen von ihnen freundschaftlich verbunden geblieben zu sein, und ich freue mich über jede Schnupperlehre in unserem Betrieb. Dazu darf ich sagen, lieber Ratskollege Urs Schär, Schnupperlehren sind sehr niederschwellig möglich in meinem Betrieb. Wer Interesse hat, eine Schnupperlehre bei mir zu machen, kann sich gleich nachher melden und wahrscheinlich nächste Woche anfangen. Nun aber zu den Fragen der Interpellation: Etwas Essenzielles, das man nicht genug hervorheben kann, ist, dass in unserem Kanton weit mehr als 90 % aller Jugendlichen eine Anschlusslösung nach der Schulzeit finden. Die Thurgauer Jugend hat in ihrer überwiegenden Mehrheit eine Perspektive an der Schwelle zum Erwachsenenalter. Das ist etwas Wunderbares. Das motiviert, dient der persönlichen Zufriedenheit, hilft, sich zu engagieren und stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Von dieser überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen, die eine Anschlusslösung verfolgen, ist es wiederum eine sehr grosse Mehrheit – wie wir lesen konnten, – die dafür den Weg wählt über die Berufslehre. Vor diesem Hintergrund von einer Gefährdung der Berufslehre im Thurgau zu sprechen, ist gewiss nicht angemessen, aber es gibt durchaus Punkte, die es sich lohnt, näher zu betrachten. So trifft es grundsätzlich zu, dass der Anteil Berufslehren etwas zurückgeht. Der Rückgang ist nicht dramatisch, aber findet statt, und es findet eine leichte Verschiebung zum schulischen Weg statt. Wir sollten aber durchaus bestrebt sein, den Anteil der Berufslehren zu stabilisieren. Eine weitere Sorge sehe ich in der zunehmenden Bürokratie. Diese wird leider – ich spreche aus Erfahrung und verweise auch auf eine Aussage unserer früheren Bildungsdirektorin Monika Knill –, nicht selten von den eigenen Berufsverbänden betrieben. Unsere Verbände sind

manchmal allzu sehr entfernt von der Praxis. Wir müssen uns selber an der Nase nehmen. Wir müssen darauf achten, dass unsere Verbandsfunktionäre die Bodenhaftung behalten, dass sie sich nicht verselbstständigen und sich entfernen von der Berufspraxis. Ratskollege Reto Ammann hat über diesen Punkt zu Recht auch gesprochen. Trotz dieser punktuellen Sorgen glaube ich, dass vieles gut läuft. Was unsere Berufsschulen leisten, was unser Berufsbildungsamt leistet, habe ich mehr als einmal persönlich ausgesprochen wertvoll erlebt. Ich bin auch überzeugt, dass sehr viele Ausbildnerinnen und Ausbildner und viele Eltern, viele junge Leute, exzellente Arbeit machen, auch viele Leute in unseren Berufsverbänden. Etwas ernster zu nehmen ist der Rückgang in einzelnen Berufsfeldern: Metzger, Automechaniker haben Mühe, Lehrstellen qualifiziert zu besetzen, Gipser und Heizungsinstallateure ebenso. Das ist schade, denn man kann in diesen Berufen eine sehr qualifizierte Ausbildung machen. Offenbar existiert ein gewisser Reflex, sich die Hände nicht dreckig zu machen, vielleicht auch begleitet von überlieferten oder früher vielleicht auch zutreffenden Auffassungen, wonach gerade gröbere handwerkliche Berufe schlecht bezahlt seien und ungesund. Im Übrigen, lieber Ratskollege Daniel Vetterli, bezahle ich akademisch ausgebildeten jungen Leuten nicht mehr als Leuten, die über eine Berufslehre in mein Büro kommen; aus guten Gründen. Berufsausbildung ist meines Erachtens nicht Aufgabe des Staates. Er soll den Rahmen richtig setzen mit der nötigen Grosszügigkeit, der soll motivierend wirken gerade auch für derzeit weniger populäre Berufe, und er soll uns Ausbildnerinnen und Ausbildnern die Freiheit lassen, den Weg ein stückweit selber zu wählen, sofern wir das Ziel erreichen. Auch diese Freiheit ist Teil der Qualität des dualen Ausbildungssystems. Unser Dank gilt den Verfassern der guten Fragen, dem Regierungsrat für einige klärende Antworten und nicht zuletzt allen, die sich überzeugend für erfolgreiche Berufslehren stark machen und engagieren. Dazu zählen alle, die das in der Praxis tun, aber auch all jene, die das in der Berufsschule und in der Verwaltung tun.

Lukas Madörin, EDU/Aufrecht: Die Fraktion EDU/Aufrecht bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Vor 28 Jahren startete ich die erste meiner zwei Berufslehren und das in einem Umfeld, in dem die meisten meiner Freunde ausserhalb der Schule den Weg des Studiums wählten. Schon früh musste ich erkennen, dass es zwar eine grosse Akzeptanz gegenüber der Berufslehre gibt, dass aber auch ein Klassenunterschied zwischen Berufslehre und Studium herrscht. Für mich waren die zwei Lehren als Landwirt und als Möbelschreiner ein Gewinn, obwohl ich heute auf keinem der zwei Berufe je gearbeitet habe. Es ist schwierig, mit 15 Jahren zu entscheiden, was man im Leben machen möchte und wohin der Weg führt. Könnte ich nochmals wählen, würde ich heute eine Ausbildung in der Gastronomie anstreben. In unserem heutigen Unternehmen, das meine Frau und ich führen, beschäftigen wir zehn leidenschaftliche Menschen mit verschiedenen Ausbildungen. So haben wir jemanden mit einer PrA-Ausbildung (Praktische Ausbildung PrA nach INSOS), jemanden mit einem

EBA (Eidgenössisches Berufsattest), mehrere mit einem EFZ (Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis) und auch jemanden mit Matura und abgeschlossenem Studium. Es ist wichtig, den Schwerpunkt auf das zu legen, was uns verbindet und nicht auf das, was uns trennt. Für unsere Kunden ist es nicht wichtig zu wissen, welchen Ausbildungsstand unser Personal hat. Es ist vielmehr die Echtheit und die Leidenschaft, jeden Tag das Beste zu geben und gemeinsam die Kunden zu begeistern. Manchmal schlägt ein Herzchirurg später den Weg als Lastwagenchauffeur ein, um endlich glücklich zu sein. Nicht immer ist das Geld, das man nachher verdient, das Entscheidende, und das muss jeder selber für sich entscheiden. Aus unserer Sicht engagiert sich der Kanton genug für den Weg der Berufslehre. Viel entscheidender und wichtiger erscheint der Fraktion EDU/Aufrecht eine intakte Familie, in der den Kindern viel Liebe entgegengebracht wird, in der sie Werte und Leidenschaft mit auf den Weg bekommen, um für Lehre oder Studium gerüstet zu sein. Und ja, hätten wir einen Wunsch frei, dann wäre es wohl der Wunsch, dass alle Lehrpersonen, bevor sie das Studium beginnen, eine handwerkliche Ausbildung absolvieren.

Judith Ricklin, SVP: Ich danke als Mitinterpellantin dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Es ist erfreulich zu lesen, dass im Kanton Thurgau mehr Jugendliche eine berufliche Grundausbildung abschliessen als im gesamtschweizerischen Vergleich. Und dennoch haben wir diesen hartnäckigen Mangel an Personen, welche versierte handwerkliche Arbeiten ausführen können beziehungsweise eine entsprechende fundierte Ausbildung und einen Lehrabschluss vorweisen können oder überhaupt eine Lehre antreten, wie letzthin gerade wieder berichtet wurde. Interessant finde ich, dass der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt: "Die einseitige Förderung eines bestimmten Ausbildungsweges oder einer bestimmten Berufsgruppe ist aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht zielführend. Vielmehr ist der richtige Mix von Qualifikationen wesentlich, und die richtigen Personen sollen am für sie richtigen Arbeitsplatz eingesetzt werden." Im Grundsatz ist dieser Gedanke richtig, doch so ganz genau hält sich der Regierungsrat selbst nicht an sein eigenes Dogma. Um nämlich dem fachlichen Mangel an Lehrpersonen entgegenzuwirken, startet dieses Jahr ein zusätzlicher Quereinsteigerkurs, welcher sicher nicht umsonst zu haben ist und auch beworben wurde beziehungsweise beworben wird. Die Quereinsteiger können bereits ab dem zweiten Ausbildungsjahr in Teilzeit als Lehrpersonen arbeiten und beziehen einen entsprechenden Lohn. Diese Lösung mit dem schnellen Handeln des Kantons macht durchaus Sinn und ist äusserst lobenswert. Aber warum sollte man dies jetzt nur beim Beruf der Lehrerin, dem Lehrer machen? Natürlich sind Lehrpersonen wichtig, um das System aufrecht zu erhalten. Schliesslich gilt bei uns die Schulpflicht, und der Kanton steht in der Pflicht. Doch ist es für eine gut funktionierende Gesellschaft nicht auch wichtig genug, Fachpersonen zu haben, welche sich auskennen, zum Beispiel mit dem Haus- und Strassenbau, der Installation von sanitären und elektrischen Anlagen, der Arbeit im Gastrobereich oder im

Verkauf? Ich höre schon, dass der Markt es richten solle. Doch was ist das für ein Markt? Der Beruf des Chauffeurs zum Beispiel: Mit Vorschriften und Auflagen an die Chauffeure und ihre Betriebe wird diese Berufsgattung vom Bund aus Sicherheitsgründen mit Fahrerkarte, Vorschriften im Umgang, dem Fahrtenschreiber und mit den Wiederholungskursen stark reguliert. So, dass der Job mittlerweile nur noch für ausländische Arbeiter einigermassen attraktiv ist. Hier hat der Staat "volle" Arbeit geleistet: eine Überregulation – auf jeden Fall ohne volkswirtschaftliche Sicht. Gute Chauffeure sind heute Mangelware. Wenn der Staat Berufe mitreguliert und somit Einfluss direkt oder indirekt auf die Berufswahl hat, warum soll er dann nicht auch lenkend eingreifen, um Berufe wieder attraktiver zu machen? Mir ist klar, dass der Kanton Bundesrecht nicht übersteuern kann. Aber zumindest Hand bieten kann er, das ist gewiss möglich und vor allem nicht verboten. Wenn der Regierungsrat schreibt, dass der Staat sich einer Wertung der einzelnen Ausbildungsangebote zu enthalten habe und nicht einseitig für einzelne Ausbildungswege oder gar für einzelne Berufslehren werben solle, so sehe ich darin einfach eine verpasste Chance, nämlich die Chance, mitzuwirken. Denn schliesslich lobt sich die Regierung, ein wirtschaftsfreundlicher Standort zu sein. Doch wer kommt in den Thurgau? Wer bleibt im Thurgau, wenn die Facharbeiter, welche ihr Handwerk von der Pike auf gelernt haben, fehlen? Zum Schluss noch ein Gedanke zu folgendem Zitat aus der Beantwortung: "Der überwiegende Teil der Thurgauer Schülerinnen und Schüler wählt nach der obligatorischen Schulbildung den Weg in eine Berufslehre. Es ist daher nicht anzunehmen, dass die Möglichkeit, eine Berufslehre zu absolvieren, an sich zu wenig bekannt ist." Ja, die Berufslehre ist bekannt, aber zu oft wenig anerkannt, wenn Berichte über Schülerinnen und Schüler folgendermassen lauten: Für sie gäbe es nur die "Kanti", eine Berufslehre oder die Fachmittelschule schlössen sie aus; sie reden über Erwartungen in der Familie, dass ihre Eltern studiert hätten, ihr Bruder, sein Cousin, und sagen, dass der Druck gross sei, dass auch sie studierten. Ja, wenn es so tönt, dann ist dringend Aufklärungsarbeit nötig, gerade auch, weil die Berufswahl ein persönlicher Entscheid ist. Nur wer das Wissen hat, kann für sich die beste Entscheidung treffen, und eine Lehre ist sicher ein guter Start ins Berufsleben. Sagen Sie es weiter, vor allem den Eltern, dem Bruder und den Cousins.

Jürg Marolf, Die Mitte/EVP: Auch ich möchte es nicht unterlassen, für die gestellten Fragen, die ausführliche Antwort und meinen Kollegen und Kolleginnen für ihre Ausführungen zu danken. Als Praktiker, der sich jedes Jahr mit dem Übertritt von der 2. in die 3. Sekundarschule und den damit zusammenhängenden Problemstellungen, Aufgaben und Chancen auseinandersetzt, möchte ich aber noch auf einen Punkt hinweisen, der für mich bisher zu wenig zur Sprache kam, nämlich die Rolle der Erziehungsberechtigten. In der Antwort auf die Frage 5, die sich um Schnupperlehren und die Bemühungen von Kanton und Schule dreht, werden unter anderem die folgenden Punkte aufgeführt, ich nenne ausschnittweise: der Kanton engagiere sich in vielfältiger Weise; die Jugendlichen

würden informiert und unterstützt; in der Sekundarschule 1 fände Berufswahlunterricht statt; in der Schule nähme das Thematisieren von Entscheidungen eine wichtige Stellung ein; der Berufswahlprozess werde geplant, umgesetzt und dokumentiert; BIZ@school biete niederschwellige Hilfe; Begabten- und Begabungsförderung unterstütze; es fänden Aktivitäten in lokalen Betrieben statt. Ich könnte viele weitere Beispiele aufzählen. Ist Ihnen aufgefallen, dass nur Kanton, Schule und allenfalls lokale Arbeitgeber erwähnt werden? Wo bleiben die Erziehungsverantwortlichen? Haben diese Punkte damit zu tun, dass Berufswahl und Stellensuche bei einem Teil der Erziehungsberechtigten tatsächlich zur Schulsache geworden sind? Ich sehe deren Engagement nicht gleich positiv wie Ratskollege Kenny Greber. Kanton, Schule und Arbeitgeber übernehmen in sehr vielen Bereichen ganz wichtige Aufgaben. Immer mehr Angebote wecken aber auch immer mehr Bedürfnisse oder führen zur schleichenden Delegation von einst privaten Pflichten an die Öffentlichkeit. In diesem Sinne bin ich eigentlich froh, dass der Regierungsrat das bestehende Angebot als ausreichend erachtet und damit auch den Erziehungsberechtigten eine gewisse Verantwortung lässt, ja diese sogar erwartet.

Regierungsrätin Denise Neuweiler: Besten Dank für die interessanten Voten zu einem wichtigen Thema. Die Bildung ist in der Schweiz eine der wichtigsten Ressourcen. Wir dürfen stolz auf unser Aus- und Weiterbildungssystem sein. Gerade die Berufslehre findet auf der Welt kaum ihresgleichen. Die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung haben sich in den vergangenen 40 Jahren gewandelt. Die Oberstufe ist in Niveauklassen eingeteilt, und die Möglichkeit, eine weiterführende Schule zu besuchen, hat eine andere Bedeutung erhalten. Auch ist die Erstausbildung nicht mehr diejenige Tätigkeit, die bis zur Pensionierung und darüber hinaus ausgeführt wird. Die Jugendlichen befassen sich heute intensiv mit ihrer Zukunft nach der obligatorischen Schulbildung. Jedoch können die vielen Möglichkeiten oder auch das junge Alter dazu führen, dass sie mit ihrer Entscheidung zuwarten möchten und der Schule nochmals den Vorzug geben. Wie Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost ausführte, spielt natürlich auch das Elternhaus eine nicht unwesentliche Rolle. Diesen Sommer haben sich 71.4 % von 2'634 Schulaustretenden für eine berufliche Grundbildung entschieden. 328 Schulaustretende schlagen den Weg einer weiterführenden Schule ein. Dies zeigt, dass im Thurgau immer noch der grösste Teil der Schulabgänger eine Lehre anstreben. Dies wurde auch von Ihrer Seite mehrmals ausgeführt. Ebenso zeigt ein Blick in die Statistik der vergangenen zwölf Jahre, dass die Wahl für einen Einstieg in die Berufswelt mit leichten Schwankungen stabil bleibt. Die berufliche Ausbildung den Jungen schmackhaft zu machen, liegt, wie auch von verschiedenen Votanten ausgeführt, insbesondere im Interesse und auch der Verantwortung der Unternehmen und Berufsverbände. Mit attraktiven Schnupperlehren tragen sie einen grossen Teil dazu bei, wie die Ausbildung in ihrer Branche wahrgenommen wird. Im September findet zudem wieder die jährliche Berufsmesse in Weinfelden statt, welche den Jugendlichen einen direkten Einblick in die verschiedenen Berufslehren gibt

und auch ein Ausprobieren ermöglicht. Ich empfehle auch den Eltern, die Berufsmesse zu besuchen. Sie bietet diverse Informationsanlässe rund um die berufliche Bildung. Wie in der Beantwortung der Interpellation dargelegt, setzt sich auch der Kanton, namentlich das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, das Amt für Volksschule sowie das Amt für Mittel- und Hochschulen für eine gute Vernetzung mit den Wirtschaftsverbänden und die Informationsbereitstellung für die Schulen ein. Ein guter Austausch mit allen Interessenvertretern sowie die gegenseitige Unterstützung ist zentral, um die Berufslehre für unsere zukünftigen Fachkräfte attraktiv zu halten. Dabei kann durchaus diskutiert werden, ob es Vereinfachungen in der Durchführung von Schnupperlehren braucht. Ich werde das Thema gerne aufgreifen. Ob eine gezielte Lenkung von Seiten des Staates stattfinden soll, um dem Fachkräftemangel in handwerklichen Berufen entgegenzuwirken, stelle ich jedoch in Frage. Wie die Kantonsräte Reto Ammann und Marc Rüdisüli anmerkten, möchte auch ich betonen, dass die Berufslehre und die weiterführende Schule nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Auch darf keine gezielte Beeinflussung von Seiten der Lehrpersonen stattfinden, wie sie von Kantonsrätin Judith Ricklin ausgeführt wurde. Wichtig ist, dass alle Jugendlichen den zu ihnen passenden Weg einschlagen können. Die Berufslehre hat im Kanton Thurgau einen hohen Stellenwert und wird von niemandem in Frage gestellt.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.